



iran-report

Nr. 01/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Das verheerende Erdbeben und die politischen Folgen / Heiße Phase des Wahlkampfes beginnt / Die drei Geiseln sind wieder frei / Shirin Ebadi empfing in Oslo den Friedensnobelpreis / Herrschaft der Geistlichkeit „gottgewollt“ / Chatami für Zensur von Internet-Seiten / Gleiches „Blutgeld“ für Muslime und Mitglieder religiöser Minderheiten / 40 Menschen in der Botschaft der Elfenbeinküste in Teheran verhaftet

II. Wirtschaft

„Flucht der Köpfe“ - Iran an erster Stelle unter den Entwicklungsländern / Achtzig Prozent der iranischen Lehrer leben unter der Armutsgrenze / Unterbrechung der Gaslieferung an die Türkei - Verhandlungen über Gaslieferungen an Griechenland / Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Russland / Einheimischer Tee füllt Lager statt Kannen / Zunahme des Drogenschmuggels, Zunahme der Drogentoten / Teheran ist Stadt mit den meisten Straßenkindern / Teheran: bloß nicht durchatmen!

III. Außenpolitik

Anzeichen für Tauwetter zwischen Iran und USA / Iran unterzeichnet Zusatzabkommen zum Atomsperrvertrag / Volksmodjahedin sollen aus dem Irak ausgewiesen werden / Iranische Botschaft in Berlin wehrt sich gegen eine Gedenktafel für den Mykonosanschlag / Kritik am französischen Kopftuchverbot / Treffen iranischer und deutscher Journalisten in Berlin



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 02/2004 Anfang Februar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Januar 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Das verheerende Erdbeben und die politischen Folgen

Wie viele Tote das Erdbeben von Bam und Umgebung tatsächlich gefordert hat, wird vermutlich nie genau festgestellt werden können. Die Angaben bewegen sich zwischen 40.000 und 50.000 Toten. Demgegenüber wird die Zahl der Verletzten auf 20.000 geschätzt. Etwa 100.000 Menschen wurden in Bam und Umgebung obdachlos. Rettungsmannschaften und Hilfsaktionen aus dem In- und Ausland hätten weit effektiver eingesetzt werden können, wenn die zuständigen Behörden imstande gewesen wären, sie besser zu organisieren und zu koordinieren. Stattdessen herrschte, vor allem in den ersten Tagen, mehr oder weniger Chaos und Unsicherheit. Die internationale Hilfsbereitschaft war sehr groß, rund 1.700 Helfer aus 30 Ländern kamen schon kurz nach dem Ausbruch der Katastrophe nach Bam. Die historische Stadt Bam ist nahezu völlig zerstört, der Wiederaufbau wird vermutlich Jahre in Anspruch nehmen. Da die Medien über die Katastrophe selbst ausführlich berichtet haben, begnügen wir uns hier mit einer kurzen Darstellung ihrer politischen Folgen.

Die politischen Folgen werden, nachdem sich der erste Schock gelegt hat, allmählich spürbar. Ohne Zweifel hat das schreckliche Ereignis die Menschen in Iran noch enger zueinander geführt. Die Solidarität mit den Opfern war bewundernswert. Spontan bildeten sich im ganzen Land tausende von Initiativen, die Spenden sammelten oder sich nach Bam und Umgebung begaben, um direkt Hilfe zu leisten. Oft standen Menschen bis zu zehn Stunden Schlange, um Blut zu spenden. Aber so groß die Hilfsbereitschaft war, so gering war das Vertrauen in dem islamischen Staat. Viele Initiativen zogen es vor, die gesammelten Spenden und Hilfsgüter direkt an die Betroffenen zu verteilen, anstatt sie einer Behörde zu übergeben. Auch die Kritik an der Regierung wurde von Tag zu Tag lauter. „Die Regierung gibt Millionen Dollar für Geräte und Einrichtungen aus, um Telefone abzuhören oder Auslandssender zu stören, aber sie ist nicht bereit, in einem Land, das oft von Naturkatastrophen heimgesucht wird, Spürhunde auszubilden zu lassen, Hilfstruppen auszurüsten und Geräte und Transportmittel für einen schnellen und effektiven Einsatz

bereitzustellen“, sagte ein Betroffener. „Wie kommt es, dass selbst stärkere Erdbeben in Japan nur geringe Schäden anrichten, aber in Bam Zehntausende töten“, fragte die oppositionelle „Nationalfront“: „Statt ewige Predigten zu halten, solltet ihr euch um die Not der Menschen kümmern, stabile Häuser bauen und den Bodenspekulanten und Blutsaugern das Handwerk legen.“

Auch die mangelhafte Organisation und Koordination steigerte die ohnehin weit verbreitete Unzufriedenheit der Menschen. Tatsächlich zeigten sich die zuständigen Behörden selbst nach Tagen unfähig, die in- und ausländischen Einsatzkräfte und Initiativen zu koordinieren, die Sicherheit der Region zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die Hilfsgüter die Adressaten so rasch wie möglich erreichten.

Unmut erzeugte auch das Verhalten der Staatsführung, vor allem das der Konservativen. Erst am vierten Tag nach der Katastrophe konnte sich Revolutionsführer Ayatollah Chamenei zu einer Stippvisite in Bam aufrufen. Zuvor hatte er sich lediglich mit einer kurzen Beileidsbekundung gemeldet. Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsanjani, der reichste und wohl einflussreichste Mann im Land, der selbst aus der Region um Bam stammt, hat sich erst nach acht Tagen blicken lassen. Er ist der Besitzer der meisten Hotels und Restaurants, die in den letzten Jahren in der Umgebung von Bam für Touristen gebaut wurden.

Konservative Blätter berichteten mehr oder weniger distanziert. Sie nahmen die Katastrophe zum Anlass, die von den Reformern geführte Regierung zu kritisieren und ihr Unfähigkeit vorzuwerfen. Das von Islamisten beherrschte Fernsehen sendete erst nach zehn Stunden die ersten Bilder.

Weit engagierter zeigten sich die Reformen. Präsident Chatami, der sich nach eigenem Bekunden wenige Stunden nach dem Ereignis nach Bam begeben wollte, wurde, wie allgemein vermutet wird, von den Konservativen zurückgehalten. „Ich wollte sogleich nach der Katastrophe bei den Betroffenen sein, doch aus welchen Gründen auch immer hat man mir empfohlen, meine Reise um ein paar Tage zu verschieben“, sagte er. Er traf am vierten Tag fast gleichzeitig mit Revolutionsführ-



rer Chamenei in Bam ein, begab sich zu den Leidtragenden, während Chamenei, umringt von Sicherheitsbeamten, eine Rede hielt, bei der er das Erdbeben als „Zorn der Natur“ und „Gottes Fügung“ bezeichnete.

Insgesamt hat das Erdbeben innenpolitisch betrachtet den Abstand zwischen den staatlichen Instanzen und der Regierung, das Misstrauen und die Unzufriedenheit vergrößert, was sicherlich nicht ohne Wirkung auf die bevorstehenden Wahlen bleiben wird, die Ende Februar stattfinden.

Ganz anders wirkte sich die Katastrophe außenpolitisch aus. Es schien, dass sich die Tore des Landes plötzlich weit öffneten, um willkommene Freunde hereinzulassen. Alle Feindschaften, die Jahrzehnte lang propagiert wurden, waren plötzlich verschwunden. Selbst die Boten des „großen Satans“ USA wurden herzlich empfangen. Die Solidarität, die Iran international entgegen gebracht wurde, führte das Land über Nacht aus Jahrzehnte langer Isolation in die Völkergemeinschaft zurück. Man kann lange darüber spekulieren, ob es allein die große Not war, die die iranische Staatsführung zu dieser großzügigen Öffnung bewegen hat oder ob nicht auch politische Absichten zu diesem folgenreichen Schritt geführt haben. Sicher ist, dass die Entscheidung nicht ohne die Zustimmung des konservativen Revolutionsführers Chamenei gefällt werden konnte. Wollte er vielleicht damit der Außenwelt signalisieren, dass die Konservativen sich bei einem eventuellen Wahlsieg moderat und kompromissbereit verhalten werden?

Im Ausland wurde die Empfangsbereitschaft mit großem Wohlwollen registriert. US-Außenminister Powell sagte, die USA seien für einen Dialog mit Iran offen. (s. diesen Bericht s. 13) EU-Außenbeauftragter Solana gab bekannt, dass er Anfang des Jahres 2004 Teheran besuchen wird, um dort die Verhandlungen über einen umfassenden Handelsvertrag mit Iran, die ins Stocken geraten waren, fortzusetzen. Bundestagspräsident Thierse sagte, es sei unübersehbar und sehr zu begrüßen, dass die iranische Führung „die strikte Abschottungspolitik der Vergangenheit“ aufgegeben habe. Die Hilfe könne beim „Abbau der wechselseitig gepflegten Feindbilder“ helfen.

Heiße Phase des Wahlkampfes beginnt

Ungeachtet der verheerenden Naturkatastrophe, der mehr als 40.000 Menschen in der historischen Stadt Bam und Umgebung zum Opfer fielen, läuft der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen Ende Februar auf vollen Touren. Die Anmeldefrist der Kandidaten ist abgelaufen. Nach Angaben des Innenministeriums ließen sich 8.200 Bewerber für 290 Sitze im Parlament registrieren. Mehr als 1.700 Kandidaten meldeten sich allein für die 30 Sitze, die der Hauptstadt Teheran zugeteilt sind. Die Kandidatenliste wird zunächst vom Innenministerium formal geprüft, danach muss sie vom Wächterrat gebilligt werden. Vor der Wahl ist dies die spannendste Phase, denn im Grunde werden schon hier die Weichen gestellt. Würde man sich nach der Verfassung richten, würde eine formale Überprüfung für die Zulassung der Kandidaten ausreichen. Doch der von Konservativen beherrschte Wächterrat nimmt für sich in Anspruch, Kandidaten auch aus politischen oder ideologischen Gründen abzulehnen. Der Versuch Präsident Chatamis, durch ein Gesetz, das auch vom Parlament verabschiedet wurde, die Kompetenzen des Wächterrats festzulegen und ihm eine Gesinnungsprüfung zu untersagen, ist am Widerstand der Konservativen gescheitert. Politische Beobachter rechnen damit, dass der Wächterrat dieses Mal zahlreiche Kandidaten aus dem Lager der Reformer ablehnen wird. Vorwand für die Ablehnung liefern Anklagen der Justiz gegen prominente Abgeordnete der Reformfraktion, die sich für ihre kritischen Äußerungen im Parlament vor Gericht verantworten sollen. Said Mahmud Mirlohi, parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium und oberster Wahlleiter, sagte vor Journalisten: „Es ist unbegreiflich: je engagierter ein Abgeordneter seinem Volk dient, desto dicker ist seine Akte bei der Justiz.“ Gegen zehn bis fünfzehn Prozent der Mitglieder der Reformfraktion sei bereits Anklage erhoben worden. Insgesamt sollen 120 Parlamentarier gerichtlich verfolgt werden.

Tatsächlich scheinen die Konservativen entschlossen zu sein, alle Mittel einzusetzen, um das Parlament zurück zu erobern. Assadollah Badamtchian, einer der bekanntesten Wortführer der Islamisten, sagte: „Die Wahlen werden eine Wende bringen, Minderheit und Mehrheit werden die Plätze tauschen.“ Sein Kollege Hamid Reza Taraghi meinte, die Kontrolle durch den Wächterrat sei



völlig legitim. In jedem Land gebe es für die Zulassung von Kandidaten bestimmte Kriterien. „Diese werden bei uns auf der Grundlage unseres Glaubens und unserer Verfassung vom Wächterrat festgelegt.“

Angesichts dieser Lage fragen sich manche Reformer, ob es nicht besser wäre, die Wahl zu boykottieren, zumal, wie die letzten Jahren gezeigt haben, nicht einmal eine Mehrheit im Parlament das Land aus der gegenwärtigen Sackgasse retten würde. Die totale Blockadepolitik der Islamisten hatte das Parlament völlig lahm gelegt, so dass kein einziges Gesetz, das auf ernsthafte Reformen abzielte, durchgesetzt werden konnte. Die Enttäuschung darüber ist in der Bevölkerung sehr groß, so dass man ohnehin mit einer geringen Wahlbeteiligung rechnet. Schon bei den landesweiten Kommunalwahlen vor einem Jahr hatten die Wähler durch Verweigerung der Teilnahme ihren Unmut zum Ausdruck gebracht. In der Hauptstadt Teheran betrug die Wahlbeteiligung 12 Prozent. Je geringer aber die Wahlbeteiligung, desto größer die Chance der Islamisten. Während sie über einen festen Wählerstamm von zehn bis fünfzehn Prozent verfügen, können die Reformer kaum damit rechnen, auch dieses Mal die Gunst der Wähler zu erringen.

Dennoch sind die meisten Reformer der Meinung, eine Wahlbeteiligung sei klüger als ein Boykott. Denn selbst eine Minderheit im Parlament könne ihre Stimme erheben und damit die absolute Macht der Islamisten verhindern. Mohammad Reza Chatami, Bruder des Staatspräsidenten und Generalsekretär der Mosharekat-Partei, der größten Partei des Landes, sagte: „Wir werden an der Wahl teilnehmen, weil wir es nicht zulassen wollen, dass unser Recht und das Recht des Volkes mit Füßen getreten wird. Wir werden alle Gelegenheiten nutzen, um dem Verderben und der Willkür, die unser Land bedrohen, Einhalt zu gebieten.“ Der friedliche Weg zur Demokratie führe über Wahlurnen, obwohl nicht jede Wahl als ein Weg zur Demokratie bezeichnet werden könne, erklärte Chatami.

Aber eine Wahl, für die die Kandidaten zuvor ausgesiebt werden, sei undemokratisch und die Teilnahme daran legitimiere nur die Macht der Islamisten, die ihre Willkürherrschaft als Wille des Volkes verkaufen wollen, argumentieren Radikalreformer. Es sei weitaus

besser, wenn man die Islamisten alleine herrschen lässt. Dann werde jedem im Land klar werden, was sie im Schilde führen. Die Aufgabe der Reformer sei nicht, dieses scheindemokratische Spiel mitzumachen, sie müssen außerhalb des Machtapparats die Kräfte im Volk organisieren und eine funktionierende Opposition aufbauen, die langfristig demokratische Strukturen durchsetzen könnte. Jahre lang habe das Volk sich für die Reformer eingesetzt und sei nun enttäuscht. Man könne das Spiel nicht wiederholen.

In der Tat liegt das Hauptproblem der Reformer darin, dass sie zwar durch die Unterstützung von Millionen Wähler sowohl die Regierung als auch die Mehrheit im Parlament übernehmen konnten, aber statt sich auf das Volk zu stützen, sich eher um Kompromisse mit den Rechten bemüht haben. Demzufolge haben sie jene Grenze akzeptiert, die ihnen die Islamisten gesetzt haben, die Grenze zwischen dem islamischen Regierungslager und dem Rest der Bevölkerung. Man spricht von „eigenen“ und „nicht-eigenen“ Kräften. Zwischen diesen Kräften wurde von Anbeginn der Revolution eine rote Linie gezogen, die nach Wunsch der Islamisten niemals überschritten werden dürfte. Der wichtigste Fehler der Reformer war, dass sie sich diesem Wunsch gebeugt haben, vielleicht weil sie Angst hatten, ihre Macht zu verlieren oder weil sie den islamischen Staat unbedingt erhalten wollten. Erst jetzt beginnen sie allmählich den Fehler zu erkennen und zu begreifen, dass sie ohne die Unterstützung der liberalen und demokratischen Kräfte, darunter auch jene, die säkular eingestellt sind, nicht weiterkommen. So erklärte Mohammad Reza Chatami, seine Partei sei bereit, mit allen Gruppen und Personen, die einen friedlichen Demokratisierungsprozess anstreben, zusammen zu arbeiten. Es ist höchst fraglich, ob diese späte Einsicht die Reformer im islamischen Lager aus ihrer Ausweglosigkeit herausretten kann. Viele Kräfte im Land, allen voran Studenten und Jugendliche, die noch bis vor einem Jahr die Reformer unterstützt haben, gehen jetzt eigene Wege: Während sie lange an Reformen von oben glaubten, stellen sie jetzt das gesamte System in Frage.

Insgesamt betrachtet, scheinen die Wahlen im Februar für das Schicksal des Landes entscheidend zu sein. Die größte Befürchtung, die politische Beobachter hegen, besteht in der Mög-



lichkeit, dass die Islamisten bei einer niedrigen Wahlbeteiligung die absolute Mehrheit im Parlament erringen und damit der Weg für eine klerikale Diktatur geebnet wird. Diese Diktatur könnte, um den Druck aus dem Ausland zu mildern, mit der EU, aber auch mit den USA Kompromisse eingehen, um dafür im Inland frei walten zu können. Es ist schwer zu sagen, wie sich das Volk in einer solchen Situation verhalten würde.

Die drei Geiseln sind wieder frei

Zwei deutsche und ein irischer Staatsbürger, die Anfang Dezember im Südosten Irans gekidnappt wurden, sind zum Jahresende freigelassen worden. Laut Angaben des iranischen Innenministeriums seien die drei Fahrradtouristen über die Hafenstadt Bandar Abbas im Süden des Landes nach Iran gekommen, hätten ein Visum beantragt und ihre Reise mit dem Fahrrad in Richtung Sahedan, der Hauptstadt der Provinz Belutschistan fortgesetzt. „Die drei haben ohne Benachrichtigung der hiesigen Polizei gehandelt“, sagte Innenminister Mussavi Lari.

Die Gegend um die Provinz Sistan-Belutschistan gilt als äußerst unsicher. Der iranische Teil Belutschistans ist der westliche Ausläufer einer Gebirgs- und Wüstenregion, die von starken Stammesstrukturen und dem Treiben mafiaähnlicher Banden geprägt ist.

Westliche Rucksackreisende durchqueren die Gegend regelmäßig zumeist per Bus auf dem Weg vom Nahen Osten in Richtung Indien oder Nepal, um das als kaum bereisbar geltende Afghanistan zu umgehen. Seit Jahrhunderten verlaufen durch die Region wichtige Handels- und Schmuggelrouten, die sich im Dreiländereck zwischen Iran, Afghanistan und Pakistan kreuzen. Hier floriert der illegale Handel mit Drogen wie Heroin, Opium, Cannabisprodukten und Alkohol.

Auf iranischer Seite demonstrieren Sicherheitskräfte eine starke Präsenz. Es kommt hier häufig zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen einheimischen Belutschen und Polizisten. Nach dem Sturz der Taliban-Regierung in Afghanistan sollen dutzende Mitkämpfer des El Qaida-Netzwerks über Belutschistan entkommen sein. Einige von ihnen wurden gefasst und befinden sich noch immer in iranischer Haft.

Auch die Entführer der Fahrradtouristen sollen nach deren Angaben zu El Qaida Kontakt gehabt haben.

Vor rund vier Jahren waren mehrfach Ausländer in Sistan-Belutschistan entführt worden. Im Juni 1999 wurden drei italienische Ingenieure aus der nun beim Erdbeben zerstörten Stadt Bam verschleppt, wenig später wurden drei Spanier in derselben Gegend entführt. Ebenfalls 1999 hielten Entführer drei portugiesische Journalisten in ihrer Gewalt. Alle Entführten kamen nach wenigen Wochen unversehrt frei. Im Februar 1999 starb allerdings ein Entführter deutscher Rentner bei einem Schusswechsel zwischen Polizisten und seinen Entführern. Für die Entführungen hatten iranische Behörden damals Drogenhändler-Banden verantwortlich gemacht. Nosrat Abad, wo die beiden deutschen und der irische Radfahrer auf ihrer Reise von Europa nach Nepal verschleppt wurden, liegt rund 180 Kilometer östlich von Bam.

„Es geht uns eigentlich sehr gut, aber wir wollen so schnell wie möglich nach Hause“, sagte einer der Freigelassenen namens Brück nach seiner Ankunft in Teheran. Er war wie seine beiden Mitreisenden von iranischen Behörden neugekleidet worden. Laut Brück wurden die drei Anfang Dezember von Unbekannten auf der Landstraße zwischen Bam und Sahedan entführt. „Von der Gruppe wissen wir nicht viel, aber anscheinend wollten die uns gegen ihre inhaftierten Kameraden austauschen“, sagte Brück. Wie die Entführten letztlich freikamen, sagte er nicht.

Der Ire Leahy betonte, von den Entführern nicht gefoltert oder misshandelt worden zu sein. Ein iranischer Beamter am Flughafen sagte der dpa, die Polizei habe sich zwar auf keinen Handel einlassen, aber gleichzeitig auch das Leben der Geiseln nicht gefährden wollen. „Wichtig ist jedoch, dass sie gesund sind und zu Neujahr nun nach Hause können“, sagte er. Die Entführer, die nach Behördenangaben zu berüchtigten Drogenbanden der Region zählten, hatten ein Lösegeld von fünf Millionen Euro gefordert oder die Freilassung von inhaftierten Bandenmitgliedern verlangt. Das Innenministerium in Teheran hatte beide Forderungen strikt abgelehnt.

Wie die Geiseln freikamen, wurde nicht erklärt. „Die iranische Seite hat sehr professionell gehandelt, und wir sind



ihnen sehr dankbar“, sagte der deutsche Botschafter in Teheran, Paul Freiherr von Maltzahn.

Der Chef des iranischen Geheimdienstes, Ali Junessi, erklärte inzwischen, Iran habe für die Freilassung der Geiseln kein Lösegeld gezahlt. Auch sei die Forderung der Kidnapper, einige der in Iran inhaftierten Mitglieder des Terrornetzwerkes El Qaida freizulassen, nicht akzeptiert worden. Die Freilassung sei durch Zusammenarbeit mit Bewohnern der Provinz Sistan-Belutschistan im Südosten Irans ermöglicht worden. Die Entführer seien in Haft.

Shirin Ebadi empfing in Oslo den Friedensnobelpreis

Bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises in Oslo am 10. Dezember hat die iranische Rechtsanwältin Shirin Ebadi die USA für ihr Vorgehen nach dem 11. September kritisiert. In Bezugnahme auf den von den USA geführten Kampf gegen den internationalen Terrorismus sagte die für ihren Einsatz für Menschenrechte ausgezeichnete Ebadi bei der Preisverleihung, in den vergangenen beiden Jahren hätten „einige Staaten“ die Ereignisse des September 2001 „zum Vorwand genommen“, um universelle Prinzipien und Menschenrechte zu verletzen. Verfechter von Menschenrechten beobachteten mit wachsender Sorge, dass die Normen nicht nur von ihren „notorischen Gegnern“ missachtet würden, sondern zunehmend auch von westlichen Demokratien. Konkret kritisierte die Preisträgerin die Inhaftierung hunderter angeblicher Terroristen auf dem kubanischen US-Stützpunkt Guantánamo. Ihnen werde der Schutz durch die Genfer Konvention, durch die universelle Menschenrechtserklärung und durch die politischen und bürgerlichen Grundrechte der Vereinten Nationen verwehrt.

Ebadi kritisierte auch die unterschiedliche Behandlung von Staaten. Sie frage sich, sagte sie, weshalb bestimmte Resolutionen des UN-Sicherheitsrates binden seien, andere dagegen nicht. In den vergangenen 35 Jahren seien dutzende Resolutionen zur israelischen Besetzung der Palästinensergebiete gefasst, aber nicht wirksam umgesetzt worden. Dagegen habe es nur einer Resolution bedurft, um 1991 den Golfkrieg gegen den irakischen Machthaber Saddam Hussein zu führen; der I-

rak-Krieg in diesem Jahr sei sogar gegen den Widerstand des Sicherheitsrats geführt worden.

Ebadi nahm auch Bezug auf die Lage der Frauen in der islamischen Welt. Die Diskriminierung von Frauen in den islamischen Ländern liege in den von Männern dominierten Strukturen begründet, nicht aber in der Religion.

Die Menschen- und Frauenrechtlerin nahm die Auszeichnung im Rathaus von Oslo aus den Händen des neuen Vorsitzenden des Nobel-Komitees, Ole Mjoes, entgegen. Zu einer Zeit, in der der Islam in vielen Teilen der westlichen Welt verteufelt werde, sei es der Wunsch des Nobel-Komitees gewesen, den Wert und die Wichtigkeit eines Dialogs zwischen den Völkern und Kulturen zu fördern, sagte Mjoes.

Trotz Todesdrohungen fundamentalistischer Schiiten in ihrer Heimat verzichtete Ebadi bei ihrer Dankesrede auf den Hedschab, die gesetzliche vorgeschriebene Kopfbedeckung für Frauen. Dieses Verhalten wurde sogar von Präsident Chatami kritisiert. „Das Tragen des Kopftuchs ist in Iran eine Tradition, die von allen respektiert wird“, sagte Chatami der Pariser Tageszeitung „Le Monde“. „Ich habe Frau Ebadi gesagt, dass es besser gewesen wäre, wenn sie als Frau bei der Entgegennahme des Preises das Kopftuch trägt.“ Er schränkte jedoch seine Forderung ein und fügte hinzu: „Aber jeder ist in seiner Wahl frei.“

Ebadis Position ist nicht einfach. Sie bekennt sich einerseits zum Islam und betont immer wieder, dass sie eine gläubige Muslimin sei, was ihr eine massive Kritik der Laizisten und der radikalen Linken einbrachte. Andererseits bekennt sie sich zu den Menschenrechten und der Gleichheit zwischen Männern und Frauen und kritisiert das islamische Recht und die in der Verfassung der Islamischen Republik verankerten Ungleichheiten und setzt sich damit der Feindschaft der Islamisten aus. Ihr Wirken ist ein Seiltanz zwischen verschiedenen Fronten. Im Inland wird sie von fundamentalistischen Gruppen und konservativen Zeitungen als Agentin des Westens beschimpft. Bei einem Auftritt an der Teheraner Al-Zahra-Universität wurde sie von Schlägertruppen angegriffen und musste fluchtartig den Saal verlassen. In Oslo wurde sie von Radikallinken als Agentin der Islamischen Re-



publik bezeichnet. Es ist bekannt, dass ihr Leib und Leben in Gefahr ist. Nach eigenen Angaben hat sie bisher zahlreiche anonyme Morddrohungen erhalten. Präsident Chatami sagte, er habe dem Innenministerium und dem Informationsministerium „sehr strenge Anweisungen“ gegeben, damit Ebadi ihre Arbeit „in vollständiger Sicherheit“ fortführen könne.

Herrschaft der Geistlichkeit „gottgewollt“

Revolutionsführer Ali Chamenei sagte, das System des „Welajat-e Faghieh“ (Herrschaft der Geistlichkeit) sei keine Diktatur. Der Sinn dieses Systems bestehe darin, dass der Revolutionsführer Probleme durch seine Entscheidung lösen würde. Als Beispiel nannte er die von ihm ausgesetzte Parlaments-Debatte über die Reform der Pressegesetze. Chamenei fuhr fort: „Die Macht des Revolutionsführers ist eine Gabe Gottes.“ Im Islam bilden Gerechtigkeit und Moral die Grundlagen der Macht. Der Führer werde von Gott bestimmt. In der islamischen Demokratie werde keine Herrschaft akzeptiert außer jener, die von Gott auf den Führer übertragen wird. „Gott verleiht diese Herrschaft an Menschen, die gerecht und moralisch unanfechtbar sind und vom Volk akzeptiert werden.“

Chatami für Zensur von Internet-Seiten

Irans Staatspräsident Mohammad Chatami sagte während seines Aufenthalts in Genf Mitte Dezember, im Iran würden rund 240 Internet-Seiten zensiert. Er bestritt, dass auch Nachrichtenseiten darunter seien, obwohl die Nachrichtenagentur ILNA kürzlich gemeldet hatte, dass nahezu sämtliche persischsprachige Nachrichtendienste im Internet gesperrt worden seien. „In keinem islamischen Land und in keinem der Staaten der Dritten Welt ist die Nutzung des Internets so frei wie in Iran“, sagte der Staatspräsident. Dennoch müsse darauf geachtet werden, dass die Nutzung des Internets die nationale und kulturelle Identität der Völker nicht beschädigt. Es gäbe bestimmte Aspekte, die nicht unbedingt mit der Freiheit der Meinungsäußerung kollidieren. „Seien Sie sicher, dass ‚BBC‘ oder ‚Stimme Amerikas‘ nicht zensiert werden, auch nicht die Internetdienste der Opposition. Kontrolliert werden allerdings jene Internet-

Seiten, die mit unserer Vorstellung von Moral und Ethik nicht übereinstimmen oder unsere Religion beleidigen.“

Chatami bestritt auch, dass es in Iran Journalisten gebe, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit in Haft genommen worden seien. Es habe einen Fall gegeben, bei dem er sich persönlich eingesetzt habe. Man habe ihn jedoch berichtet, dass es sich in diesem Fall nicht um eine presserechtliche Angelegenheit handele, sondern um eine finanzielle.

Demgegenüber erklärte der Sprecher des „Verbands zur Verteidigung der Pressefreiheit“, Maschaallah Schams al Vaezin, er empfehle Chatami die Gefängnisse des Landes zu besuchen, um selbst feststellen zu können, wie viele Journalisten in Haft sitzen. „Nach unseren Informationen befinden sich rund zwanzig bekannte Journalisten in Haft“, sagte er. „Ich kann mir nicht vorstellen, was der Präsident mit diesen Äußerungen bezweckt. Sollen diese Äußerungen ein grünes Licht sein für weitere Einschränkungen der Pressefreiheit? Ich kann nur mitteilen, dass allein in den letzten drei Monaten gegen 25 Journalisten Anklage erhoben wurde. Es hat auch eine Verhaftung gegeben.“

Gleiches „Blutgeld“ für Muslime und Mitglieder religiöser Minderheiten

Die „Versammlung zur Wahrnehmung der Interessen des Staates“, eine Art Vermittlungsausschuss, die in Konfliktsfällen zwischen dem Parlament und dem Wächterrat eingeschaltet wird, hat sich für gleiches „Blutgeld“ für Muslime und Angehörige religiöser Minderheiten ausgesprochen. Das im islamischen Recht vorgesehene „Blutgeld“ ist das Geld, das im Mordfall der Täter an die Familie des Opfers zu zahlen hat. Bisher war das „Blutgeld“ für Nichtmuslime niedriger als das für Muslime. Im Januar 2003 hatte das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Gleichbehandlung der Opfer vorsah. Dieses Gesetz war im April vom Wächterrat abgelehnt worden, obwohl Revolutionsführer Ayatollah Chamenei sich für die Gleichstellung ausgesprochen hatte. (s. Iran-Report 04/2003) Die nun erfolgte Entscheidung wurde von religiösen Minderheiten begrüßt.

40 Menschen in der Botschaft der Elfenbeinküste in Teheran verhaftet

Wie die französische Nachrichtenagentur AFP berichtet, sind Teheraner Ordnungskräfte auf Anweisung des Staatsanwalts Said Montazeri in das Privathaus des Botschafters der Elfenbeinküste eingedrungen und haben vierzig Personen, darunter eine junge iranische Haushälterin verhaftet. Nach Aussagen des iranischen Justizsprechers habe die Polizei sechs Monate lang das Haus beobachtet und dabei festgestellt, dass es sich dabei um „ein Haus des Verderbens“ handelt. Hier seien Partys mit Männern und Frauen veranstaltet worden, bei denen Frauen nicht von Männern getrennt wurden, sie hätten Alkohol getrunken und „Hurerei“ getrieben. „Als wir festgestellt haben, dass iranische Frauen und Mädchen in dem Haus verkehren, haben wir eingegriffen und vierzig Personen verhaftet“, sagte der Sprecher.

Aus Diplomatentreisen wurde bekannt, dass die Maßnahme während einer Feier zu einem Nationaltag der Elfenbeinküste stattgefunden hat. Einzelheiten des Vorfalls sind nicht bekannt. Laut international anerkannten Vereinbarungen gelten ausländische Botschaften sowie das Privathaus des Botschafters als nationale Territorien der jeweiligen Staaten und dürfen ohne Erlaubnis des Hausherrn nicht betreten werden.



II. Wirtschaft

„Flucht der Köpfe“: Iran an erster Stelle der Entwicklungsländer

Jährlich versuchen 150- bis 180tausend Iranerinnen und Iraner das Land zu verlassen, sagte Ali Asghar Rahmani, Abgeordneter im islamischen Parlament. Unter Berufung auf die von der Weltbank herausgegebenen Statistiken teilte er mit, dass Iran unter 91 Entwicklungsländern in der Kategorie „Flucht der Köpfe“ an erster Stelle stehe. Als Gründe für diesen Aderlass nannte er den Mangel an Fortbildungsmöglichkeiten, an Berufssicherheit und Zukunftsperspektiven, dazu Arbeitslosigkeit und schlechte Wohnverhältnisse. Fachkräfte würden nicht ihren Fähigkeiten entsprechend eingesetzt und bezahlt. Zurzeit seien zum Beispiel 13 Prozent der iranischen Ärzte arbeitslos.

Achtzig Prozent der iranischen Lehrer leben unter der Armutsgrenze

Der Verband iranischer Lehrer veröffentlichte eine Erklärung, in der die herrschende Misere an den iranischen Schulen, die siebzehn Millionen Schülerinnen und Schülern beherbergen, beklagt wird. Darin wird unter anderem berichtet, dass achtzig Prozent der Lehrer unter der Armutsgrenze leben. Die Regierung habe mehrmals bekannt gegeben, dass sie die Zahlungsrückstände von Gehältern an Lehrer endlich begleichen werde, doch bislang sei nichts unternommen worden.

„Haben die Lehrer nicht ein Recht darauf, die ungleiche Behandlung zu kritisieren“, schreiben die Unterzeichner. „Milliarden werden vergeudet und von Korrupten verschlungen, aber die Lehrer müssen in Armut leben.“

Der Verein hat für den nächsten Monat große Demonstrationen in Teheran angekündigt. Sollte der Ruf der Lehrer immer noch nicht gehört werden, würden sie im ganzen Land drei Tage lang streiken und von der Schule fernbleiben. Zum Schluss der Erklärung verweisen die Unterzeichner auf die bevorstehenden Parlamentswahlen und warnen vor einer geringen Wahlbeteiligung, was einer Boykottandrohung gleichkommt.

Indes gab Iradj Heidari, Leiter des Schulamtes der Provinz Chusistan, bekannt, dass in der Provinz, in der rund 1,2 Millionen Schülerinnen und

Schüler die Schule besuchen, elftausend Lehrer fehlen. Der Grund hierfür liege im ungünstigen Klima der Region und in der Weigerung des Staates, entsprechende Zulagen für Lehrer zu gewähren.

Die Provinz Chusistan gehört strategisch und ökonomisch betrachtet zu den wichtigsten Regionen des Landes. Hier befinden sich die meisten Ölquellen. Während des achtjährigen Kriegs gegen das Nachbarland Irak wurden weite Teile der Provinz zerstört. Damals wurden zahlreiche Schulen als Stützpunkte für die Armee verwendet und daher von den Irakern angegriffen und zerstört. Der Wiederaufbau konnte den Bedarf an Schulen nicht decken, so dass die meisten Schulklassen mit mehr als vierzig Schülern überfüllt sind.

Unterbrechung der Gaslieferung an die Türkei – Verhandlungen über Gaslieferung an Griechenland

Die National-Iranische Gasgesellschaft teilte mit, dass die Gaslieferung an die Türkei aufgrund des rapiden Anstiegs des Inlandsverbrauchs und wegen Problemen, die im Verteilungsnetz entstanden sind, vorläufig eingestellt wurde. Die in Teheran erscheinende Tageszeitung „Iran“ zitiert den Generaldirektor der Gesellschaft, Mohammad Maleki. Die Gaslieferung an die Türkei werde nach Lösung der aktuellen Probleme wieder aufgenommen, sagte Maleki. Die türkische Regierung bestätigte den Ausfall und äußerte die Hoffnung, dass der Export bald wieder funktionieren werde.

Die Gaslieferung Irans an die Türkei geht auf das Abkommen von 1996 zurück. Der Vertrag ist für 25 Jahre gültig. Darin ist vorgesehen, dass Iran bis zum Jahr 2002 jährlich drei Milliarden Kubikmeter Gas an die Türkei liefert, danach sollte sich das Volumen auf zehn Milliarden erhöhen. Für den Export erhält Iran nach Auskunft von Maleki jährlich 300 bis 500 Millionen Dollar. Im vergangenen Jahr hatte die Türkei mit der Begründung, die Gasqualität sei zu schlecht, den Import aus Iran für drei Monate ausgesetzt. Nach der Einigung zwischen Ankara und Teheran wurde die Lieferung wieder aufgenommen.

Auch in einigen Bezirken Teherans und anderen Städten war die Gaslieferung für einige Tage ausgefallen. Maleki



führte dies auf das Verteilungsnetz zurück, das nach seiner Feststellung für die Gasmenge, die geliefert werden soll, zu schwach sei. Es gebe oft nur eine einzige Gasleitung, durch die verschiedene Städte beliefert werden. Wenn diese Leitung beschädigt werde oder aus irgendeinem Grund ausfalle, blieben mehrere Städte ohne Gas.

Nach Schätzung der Gasgesellschaft sollte der Inlandsverbrauch im Jahr 2003 um 12 Prozent steigen. Tatsächlich wurde jedoch ein Anstieg von 20 Prozent verzeichnet. „Wir hatten damit gerechnet, dass der Verbrauch in den kalten Wintertagen eine Höhe von täglich 230 bis 235 Millionen Kubikmetern erreicht“, sagte Maleki. „Tatsächlich betrug er 250 Millionen Kubikmeter.“

Die Gesellschaft rief die Bevölkerung auf, mit dem Gas sparsam umzugehen und den Verbrauch einzuschränken.

Ungeachtet dieser Probleme führte die Regierung Verhandlungen über Gaslieferungen mit Griechenland. Ein Sprecher des Ölministeriums erklärte, dass Athen großes Interesse gezeigt habe, aus Iran Gas zu importieren. Das Gas soll durch eine Pipeline über die Türkei nach Griechenland transportiert werden. Zuvor hatte die Türkei bereits ihre Bereitschaft signalisiert, als Transitland für den Gasexport nach Griechenland und in andere europäische Staaten zu wirken. In Ankara gibt es ausreichend Möglichkeiten, um das Gas zu deponieren bzw. weiterzuleiten.

Ausbau der Wirtschaftsbeziehung zwischen Iran und Russland

Laut Berichten der Moskauer Presse hat sich der Wirtschaftsaustausch zwischen Russland und Iran in den letzten fünf Jahren verdoppelt und im Jahr 2002 einen Wert von 803 Millionen US-Dollar erreicht. Im Jahr 2003 hat es eine weitere Steigerung gegeben. Bereits von Januar bis September hat der Austausch den Wert von einer Milliarde Dollar überschritten. Dieser Anstieg ist auf zunehmende Aktivitäten russischer Unternehmen in Iran zurückzuführen.

Iran begrüßt diese Aktivitäten, insbesondere die Teilnahme russischer Öl- und Gasunternehmen an den Projekten der iranischen Ölindustrie, auch an dem Bau der Pipeline von Iran über Pakistan nach Indien. Hervorgehoben wer-

den auch die Aktivitäten Russlands beim Aufbau von Atomkraftwerken in Bushehr und anderen Regionen, die trotz internationalem Druck - vor allem seitens der USA - verstärkt fortgesetzt werden sollen. Allein der Wert des Projekts in Bushehr beträgt über eine Milliarde Dollar.

Der Leiter der russischen Handelskammer erklärte, Moskau und Teheran seien an gemeinsamen Projekten und Investitionen stark interessiert. Dabei nannte er die iranische Stahlindustrie und den Bergbau.

Einheimischer Tee füllt Lager statt Kannen

Während 210tausend Tonnen Tee ohne Kunden in den Lagern liegen und Tee Fabriken mit Milliarden Schulden zu kämpfen haben, hat die Regierung bekannt gegeben, dass sie Pläne vorbereitet, um den Import von Tee zu legalisieren. Die Bekanntgabe hat bei Landwirten und Tee Fabriken heftige Proteste hervorgerufen. Vertreter der Gewerkschaft der Teeproduzenten und des Verbands der Landwirte haben vom Wirtschaftsministerium gefordert, die Einfuhrpläne der Regierung zu stoppen, andernfalls werde sie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen verantworten müssen.

Die Pläne der Regierung wurden vom Landwirtschaftsminister Mahmud Hodjati bekannt gegeben. Nach den Protesten erklärte die Regierung, sie werde bei Vorlage des Gesetzes, das zunächst vom Kabinett verabschiedet werden müsse, die Interessen der inländischen Teeproduzenten berücksichtigen.

Vor vier Jahren wurde der Teeimport zum Schutz und Aufbau der inländischen Tee Wirtschaft untersagt. Damit nahm der Teeschmuggel rapide zu. Nach Einschätzung von Experten werden jährlich 60tausend Tonnen Tee nach Iran geschmuggelt. Der Teeverbrauch Irans beträgt im Jahr 110tausend Tonnen, das bedeutet, dass etwa die Hälfte des Verbrauchs durch die Schmuggelwirtschaft gedeckt wird. Der im Inland produzierte Tee ist wegen seiner schlechteren Qualität nicht sehr begehrt, zudem kann er auf dem Markt mit den importierten Tees nicht konkurrieren. Daher wandert er in die Lager. Man sagt, der Geschmack der Iraner habe sich geändert. Kaum einer bevorzugt inländischen Tee. Die meisten Läden



bieten verschiedene, aus dem Ausland stammende Teesorten an. Begehrt sind vor allem Tees aus Indien und Sri Lanka.

Der Tee ist für Iraner das wichtigste Getränk. Auf 34tausend Hektar Land in den fruchtbarsten Gegenden Irans im Norden wird Tee angebaut. 58tausend Menschen sind in diesem Bereich der Landwirtschaft tätig. Es gibt mehr als 150 Teefabriken im Land. Abolghaffar Schodja, Geschäftsführer des „Vereins der Technisierung der Landwirtschaft“ sagte, die Teeindustrie befinde sich in ihrer schlimmsten Phase seit fünfzig Jahren.

Zunahme des Drogenschmuggels, Zunahme der Drogentoten

Der Leiter der „Armee gegen Drogen“ gab bekannt, dass die Zahl der Menschen, die im Jahr 2003 der Drogensucht zum Opfer gefallen sind, besorgniserregend angestiegen sei. Seinen Angaben zufolge sterben monatlich 367 Menschen am Drogenkonsum. Zugleich erklärte der konservative Parlamentsabgeordnete Hamid Hadji Babai, mit der Zunahme des Drogenverkaufs in Teheran habe der Drogenkonsum an Schulen zugenommen. Die Zahl der Drogenabhängigen bzw. potenziellen Drogenabhängigen bezifferte er mit 600.000. Scharf kritisierte er das Ministerium für Schule und Ausbildung. Während das Niveau der Ausbildung ständige falle, steige der Drogenkonsum. Der zuständige Minister, Morteza Haji, hatte bereits die vor Wochen in konservativen Blättern veröffentlichten Berichte über die Zahl der Drogentoten entschieden zurückgewiesen. Selbst wenn die Angaben stimmen würden, hätten die Medien sie nicht veröffentlichen dürfen. Denn sie würden bei den Eltern Besorgnis auslösen. Doch einige Sachverständige insistieren nach wie vor auf die nun veröffentlichten Statistiken.

Teheran, die Stadt mit den meisten Straßenkindern

Dr. Sadi Hadi Motamedi, Leiter des Amtes für Sozialgeschädigte berichtete der Tageszeitung „Iran“, dass seine Organisation im ersten Halbjahr 2003 landesweit 15.615 Straßenkinder gezählt habe, davon allein 12.708 in Teheran, 560 in der Provinz Fars und 350 in der Provinz Chorasán. Bisher seien etwa 8.000 dieser Kinder medizinisch

und psychologisch versorgt worden. Im Vorjahr habe die Anzahl der Kinder, die seine Organisation in Teheran in Obhut genommen habe, 1.450 betragen.

Teheran: bloß nicht durchatmen!

Mohammad Hadi Haidarzadehm, Leiter der Organisation „Saubere Luft“ meinte, die Zahl der Menschen, die jährlich in der Hauptstadt Teheran durch Umweltverschmutzung sterben, werde von der Regierung mit 7000 angegeben, sie liege jedoch nach seiner Einschätzung wesentlich höher.

Umweltexperten führen verschiedene Gründe für die ungewöhnlich hohe Luftverschmutzung in Teheran an. Die Stadt liege am Hang des Elborz-Gebirge, das den Zugang von Wolken und feuchter Luft, die vom Kaspischen Meer und den Wäldern im Norden kommen, versperre. Hinzu kämen die Abgase der Fabriken, die in und um Teheran liegen. Teheran hat 13 Millionen Einwohner, es gibt weit mehr Fahrzeuge als die Stadt ertragen kann. Die meisten Autos entsprechen nicht den umweltgerechten Standards, viele müssten längst aus dem Verkehr gezogen werden. Schließlich gibt es zuwenig Park- und Grünanlagen. Im Gegenteil, man hört immer wieder, dass Bäume abgesägt und Waldanlagen vernichtet werden.

Teheran gilt als die Stadt mit der größten Umweltverschmutzung in der Welt. Inzwischen ist die verseuchte Luft zu einem der größten Probleme der Bewohner der Stadt geworden. Die Maßnahmen der Regierung und der Stadtverwaltung gegen die Verschmutzung sind kaum nennenswert. Ein Journalist schrieb, das Atmen in bestimmten Bezirken Teherans ist beinahe wie ein kollektiver Selbstmord.



III. Außenpolitik

Anzeichen für ein Tauwetter zwischen Iran und USA

Die USA haben nach Angaben der amerikanischen Regierung „aus humanitären Gründen“ ihre seit 25 Jahren bestehenden Sanktionen gegen Iran gelockert. Das Finanzministerium in Washington erklärte, zu den Lockerungen gehöre vor allem die Möglichkeit, Geld und Hilfsgüter nach Iran zu überweisen. Zudem können in den kommenden 90 Tagen Amerikaner für Organisationen spenden, die zur Katastrophenhilfe und zum Wiederaufbau beitragen. Erlaubt sei auch der Export von bestimmten Fahrzeugen, Funk-Telefonen, Computern und Radios.

Schon drei Tage vor dieser Entscheidung hatte US-Außenminister Colin Powell gegenüber der Washington Post erklärt, die USA seien zu einem Dialog mit Iran bereit. „Die Dinge sind im Fluss und deshalb sollten wir die Möglichkeit eines Dialogs zu einem angemessenen Zeitpunkt in der Zukunft offen halten“, sagte der Minister. Offensichtlich ist die Bereitschaft Irans, humanitäre Hilfe aus den USA zu akzeptieren, in Washington als eine Geste zur politischen Annäherung gedeutet worden. Schon die Tatsache, dass die US-Regierung bereits wenige Stunden nach dem Erdbebenden direkten Kontakt zu Teheran hergestellt hatte, erweckte in Diplomatenkreisen Erstaunen. US-Vizeaußenminister Richard Armitage hatte den iranischen Vertreter bei der UNO, Djawad Zarif angerufen und humanitäre Hilfe angeboten. Die Bereitschaft Irans das Angebot des „großen Satans“ so rasch anzunehmen, kann nur mit direkter Zustimmung des Revolutionsführers Chamenei erfolgt sein. Beide Regierungen betonten jedoch, dass die humanitäre Hilfe keine politische Relevanz habe. „Unser Ziel ist lediglich, das große Leid der Menschen in Iran zu lindern“, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums. Dies ändere nichts an der politischen Haltung und der Kritik der USA an Iran. Auch die iranische Regierung begrüßte zwar die Hilfe aus Washington, betonte jedoch zugleich, dass daraus keinerlei politischen Schlüsse gezogen werden könnten.

Trotz dieser Dementis scheint sich zwischen Teheran und Washington ein Tauwetter anzubahnen. Außenminister Powell wies in dem Interview mit der Washington Post auf das Einlenken I-

rans im Atomkonflikt und auf die zunehmende Kooperationsbereitschaft des Landes im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. „Alle diese Dinge zusammengenommen zeigen, so scheint es mir, eine neue Haltung im Iran im Umgang mit diesen Themen“, sagte der Minister. „Die Iraner erkennen, dass die Welt zusieht und bereit ist, Maßnahmen zu ergreifen.“

Die USA hatten 1981 im Zuge der Geiselnahme der Mitarbeiter der US-Botschaft in Teheran ihre diplomatischen Beziehungen zum Iran abgebrochen und ein Wirtschaftsboykott über das Land verhängt. Präsident Bush hat Iran zusammen mit Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“ bezeichnet. Offensichtlich soll diese unversöhnliche Haltung noch einmal überprüft werden. Wie die Washington Post unter Berufung auf Regierungskreise berichtet, überprüft die US-Regierung zum dritten Mal in der Amtszeit von Präsident George W. Bush ihre Iran-Politik.

Aus dem texanischen Crawford, wo Präsident Bush auf seiner Ranch den Jahreswechsel verbrachte, wurde bekannt, dass auch Bush sich zur Wiederaufnahme des Dialogs mit Iran positiv geäußert habe. Allerdings erklärte Präsidialamtssprecher Trent Duffy, die Iran-Politik der USA habe sich nicht geändert. Man werde mit Iran nur dann Gespräche führen, wenn diese den Interessen der USA dienen, fügte er hinzu. „Dies ist eine Chance für den Iran, einen Schritt vorwärts zu machen“, verlautete aus den US-Regierungskreisen. „Die Last liegt nun auf den Schultern der Iraner.“ Die Eröffnung des Dialogs sei jedoch mit der Hoffnung verknüpft, dass Iran seinen guten Willen demonstriere und strittige Fragen mit den USA erörtere. Dabei handele es sich unter anderem um die US-Vorwürfe, der Iran unterstütze terroristische Organisationen und arbeite an der Entwicklung von Nuklearwaffen.

Bush selbst äußerte sich zu Jahresbeginn zum Thema Iran. „Wir begrüßen, dass die iranische Regierung bereit ist, unsere humanitären Hilfsflüge in ihr Land zu erlauben, und das ist eine gute Sache, dass sie das tut. Wir zeigen den Iranern, dass das amerikanische Volk Anteil nimmt, dass wir großes Mitleid für menschliches Leid haben.“ Bush sagte weiter, wenn die Führung in Teheran bessere Beziehungen zu den USA haben wolle, müsse sie sämtliche Mitglieder von El Qaida, die sich



in iranischer Gewalt befinden, an ihre jeweiligen Heimatländer ausliefern. Iran müsse sein Streben nach Massenvernichtungswaffen aufgeben und mit den Inspektoren der Internationalen Atombehörde zusammenarbeiten. Bush verlangte außerdem demokratische Reformen. „Die iranische Regierung muss auf die Stimme derer hören, die nach Freiheit streben“, sagte er.

Teheran reagierte auf die Offerten aus Washington positiv. Staatspräsident Mohammad Chatami sagte, die Beziehungen der beiden Staaten könnten sich nur verbessern, wenn die US-Regierung ihre Haltung und ihren Ton ändern würde. Er sei Washington für die umfangreiche Hilfe nach dem Erdbeben dankbar, man dürfe aber humanitäre Themen nicht mit „tiefen und chronischen diplomatischen Problemen“ vermischen.

Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsanjani erklärte, Washington sende seit Monaten positive Signale. Auf die Frage, ob diese Signale zur Besserung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten führen werde, sagte er: „Ich bin nicht sicher, aber vieles deutet darauf hin.“

Außenminister Kamal Charrazi ging noch einen Schritt weiter und erklärte, die Lockerung der Sanktionen sei positiv. „Wir begrüßen diese Entscheidung.“ Die Sanktionen gegen Iran seien ohnehin sinnlos, sie würden in erster Linie amerikanischen Firmen und den Iranern schaden, die sich in den USA aufhalten. „Die dauerhafte Aufhebung der Sanktionen könnte in der Beziehung der beiden Staaten ein neues Klima erzeugen.“

Mohammad Reza Chatami, Vizepräsident des Parlaments, sagte, das Parlament sei gerade dabei die positiven Signale aus Washington zu prüfen. Er sei sicher, dass diese Signale auch einen positiven Widerhall finden werden.

Trotz dieser positiven Reaktionen lehnte das iranische Außenministerium vorerst den Vorschlag Washingtons ab, eine hochrangige Delegation, an der ein führender Politiker und ein Mitglied der Familie Bush teilnehmen sollten, ins Erdbebengebiet zu schicken.

Israel erwägt Maßnahmen gegen Iran

Nach einem Bericht der französischen Nachrichtenagentur AFP hat der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon seine wichtigsten Minister zu einer Sondersitzung zum Thema Iran einberufen. Bei dem Treffen mit fünf Ressortchefs habe Scharon die „iranische Bedrohung“ erörtert. Über den Inhalt des Gesprächs seien keine weiteren Angaben gemacht worden.

Israel geht seit langem davon aus, dass Iran den Bau von Atombomben plant und vertritt die Meinung, dass die Ausrüstung Irans mit Nuklearwaffen eine massive Bedrohung für Israel darstellen würde. Iran verfügt über Boden-Boden-Raketen vom Typ Chahab-3, mit denen Israel erreicht werden kann. Bereits im September hatte Israels Verteidigungsminister Schaul Mofas mit einem Präventivangriff gegen iranische Atomanlagen gedroht. Auch der israelische Geheimdienst Schin Beth bezeichnete Iran als „Terrorstaat Nummer eins“ und forderte die USA, Russland sowie die EU zu Gegenmaßnahmen auf. Die Regierung in Teheran unterstütze Terroristen, arbeite an der Entwicklung von Nuklearwaffen und stelle für Israel eine strategische Bedrohung dar, sagte Geheimdienstchef Avi Dichter auf einer Sicherheitskonferenz in Herzlija. Er bekräftigte nicht nur die Beschuldigung, dass Iran die libanesische Hisbollah-Miliz und militante Organisationen in den palästinensischen Gebieten unterstütze, sondern sprach auch von einer möglichen Anwerbung von in Israel lebenden Arabern. Iran habe diese „potenzielle fünfte Kolonne“ organisiert, sagte Dichter. Dies sei „möglicherweise die größte Gefahr für uns.“

Präsident Chatami bezeichnete die israelischen Drohgebärden und Bezeichnungen als „großen Fehler“. Ali Schamchani, iranischer Verteidigungsminister, ging noch einen Schritt weiter und erklärte, Israel werde für seine Drohungen „einen hohen Preis zahlen“.

Iran unterzeichnet Zusatzabkommen zum Atomsperrvertrag

Iran hat nach langem Tauziehen am 18. Dezember das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnet. Das Abkommen gewährt der internationalen Atombehörde (IAEA) unangemeldete Inspektionen und uneingeschränkten Zugang zu



allen Atomanlagen. Der iranische Vertreter bei der IAEA, Ali Akbar Salehi, der das Abkommen unterzeichnete, sagte: Ich hoffe inbrünstig, dass eine neue Phase erreicht ist und mein Land nicht länger mehr Gegenstand unfairer und politisch motivierter Vorwürfe und Behauptungen ist."

IAEA-Generalsekretär Mohamed El Baradei meinte, das Zusatzabkommen sei ein wichtiger Baustein dafür, Vertrauen darüber herzustellen, dass Iran Atomenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken nutzen wolle. Er forderte die Regierung und das Parlament in Teheran auf, das Abkommen schnell zu ratifizieren. „Mir wurde versichert, dass Iran bis zur Ratifizierung sich so verhalten wird, als ob das Protokoll in Kraft ist“, fügte er hinzu. „Das ist positiv.“ Die USA sowie Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten auf die Unterzeichnung gedrängt, nachdem deutlich wurde, dass Iran Uran angereichert und Plutonium hergestellt und die Atombehörde von seinen Plänen nicht unterrichtet hatte.

Die US-Regierung hat die Unterzeichnung des Abkommens begrüßt. Dies sei ein „hilfreicher Schritt“ gewesen, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Richard Boucher. „Es ist aber wichtig festzuhalten, dass es nur der erste Schritt war.“ Die Unterschrift setze das Uran-Anreicherungsprogramm Irans nicht außer Kraft. Auch erfülle es noch nicht den Wunsch der internationalen Gemeinschaft, dass Iran alle Aktivitäten in Zusammenhang mit Atomwaffen abbreche.

Die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls durch die iranische Regierung heißt aber - entgegen der Vorstellung von El Baradei - noch lange nicht, dass Iran ab morgen den Inspektoren der Internationalen Atombehörde (IAEA) unangemeldete Kontrollen erlauben wird. Die Unterschrift muss zunächst von der Regierung ratifiziert, dem Parlament als Gesetz zur Beschlussfassung vorgelegt und schließlich vom Wächterrat abgesegnet werden.

Ob dieser Entscheidungsprozess reibungslos verlaufen wird, darf bezweifelt werden. Denn bereits im Vorfeld hatte es zwischen den Reformern um Präsident Chatami, die im Parlament die Mehrheit bilden und den Konservativen, die den Wächterrat beherrschen und damit das letzte Wort haben, scharfe Auseinandersetzungen gegeben.

Während die Reformen zu Kompromissen bereit waren, bezeichneten die Konservativen jedes Zugeständnis an die Atombehörde bzw. an die USA als „Verrat der nationalen Interessen“. Mit der Unterzeichnung werde dasselbe Spiel wiederholt, das bereits gegen den Irak erprobt worden sei, warnten die Rechten. Dennoch hat Revolutionsführer Ali Chamenei kurz vor Toresschluss der Unterzeichnung des Protokolls zugestimmt. Dieser rasche Sinneswandel macht skeptisch und wirft die Frage auf, ob die jetzt erfolgte Unterzeichnung nicht eher dazu dienen soll, den massiven Druck der USA abzuwenden, den Sturm vorbei rauschen zu lassen und erst einmal Zeit zu gewinnen.

Für eine Vertagung der endgültigen Entscheidung gibt es einen plausiblen Grund. Ende Februar wird das iranische Parlament neu gewählt. Es gebe die Möglichkeit, die Debatte auf die Zeit nach den Wahlen zu vertagen. Vieles deutet darauf hin, dass die weit verbreitete Enttäuschung über Präsident Chatami und seine Reformen zu einer geringen Wahlbeteiligung und folglich zu einem Sieg der Konservativen führen wird. Ob das neu gewählte, möglicherweise von Islamisten beherrschte Parlament zu dem ausgehandelten Kompromiss ohne weiteres seine Zustimmung erteilen würde, ist fraglich. Dasselbe gilt für den Wächterrat. Man sollte also den Tag nicht vor dem Abend loben.

Volksmodjahedin sollen aus dem Irak ausgewiesen werden

Wie ein Sprecher des provisorischen irakischen Regierungsrats erklärte, sollen die Mitglieder der militanten Organisation Volksmodjahedin bis Ende 2003 aus dem Irak ausgewiesen werden. Die Organisation, die Mitte der 80er Jahre mit finanzieller und militärischer Hilfe der irakischen Regierung in Irans Nachbarland Stützpunkte errichtet hatte, um von dort aus gegen die Islamische Republik bewaffnet zu kämpfen, geriet durch den Irak-Krieg und den Sturz Saddam Husseins in eine missliche Lage. Viele irakische Oppositionsgruppen, allen voran die kurdischen, bezeugten, dass die Modjahedin-Milizen bei der Niederschlagung von Oppositionsgruppen durch die irakische Armee aktiv mitgewirkt hatten.

Der irakische Regierungsratsprecher sagte, der Rat habe die Schließung der



Büros der Modjahedin und die Auflösung ihrer Stützpunkte angeordnet und habe die rund 5000 Mitglieder der Organisation aufgefordert, bis zum Jahresende das Land unbewaffnet zu verlassen. Auch die Konten der Modjahedin sollen bereits gesperrt worden sein. Indes scheint über die Frage, in welches Land bzw. welche Länder die Milizionäre abgeschoben werden sollen, noch nicht entschieden worden zu sein.

Iran begrüßte die Entscheidung des Regierungsrats. Der iranische Informationsminister Ali Junessi sagte, Mitglieder der Organisation, die sich freiwillig stellen würden, bekämen mildere Strafen. Der Kurdenführer Djalal Talebani hatte bereits zuvor die iranische Regierung aufgefordert, einfache Mitglieder der Organisation zu amnestieren, damit sie ohne Furcht in ihre Heimat zurückkehren können.

Die Organisation der Volksmodjahedin wurde sowohl seitens der USA als auch von der EU als terroristisch eingestuft. Dennoch erklärte der US-Beauftragte im Irak, Paul Bremer, man werde die Mitglieder der Organisation unter keinen Umständen an Iran ausliefern. Es sei geplant, sie in drei andere Staaten abzuschicken. Bremer sagte jedoch nicht, um welche Staaten es sich dabei handelt. Die Zahl der Modjahedin, die sich zurzeit im Irak aufhalten und unter amerikanischer Aufsicht stehen, bezifferte er mit 3800. Gegenwärtig sei die Besatzungsmacht dabei, die Organisationsmitglieder erkenntungsdienstlich zu erfassen. Dies würde etwa zehn Tage in Anspruch nehmen.

Iran hat gegen diese Entscheidung scharf protestiert. Der Sprecher des Außenministeriums, Hamid Reza Assefi, warf den USA vor, Terroristen unterschiedlich zu behandeln. Was Washington vorhabe, verstoße gegen die UN-Resolution 1373 und gegen Resolutionen der EU, die im Bezug auf die Volksmodjahedin verfasst wurden. Assefi fuhr fort: „Unter den Modjahedin gibt es verschiedene Gruppen. Eine Gruppe besteht aus Mitgliedern, die in die Irre geführt worden sind und inzwischen ihre Taten bereut haben. Sie bilden die Mehrheit. Diese Mitglieder können zu ihren Familien zurückkehren. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Kriegsgefangene, die ebenfalls ein Irrtum begangen haben.“ Über diese Mitglieder seien mit dem Internationalen Roten Kreuz und dem irakischen Re-

gierungsrat Verhandlungen geführt worden, um deren Rückkehr nach Iran zu organisieren. Assefi nannte noch eine dritte Gruppe, die eine kleine Minderheit unter den Modjahedin bilde. Sie bestehe aus Mitgliedern, die nachweislich Verbrechen begangen hätten. Diese müssten an Iran ausgeliefert werden. Wie mit diesen Mitgliedern verfahren werden sollte, sagte Assefi nicht.

Iranische Botschaft in Berlin wehrt sich gegen die Errichtung einer Gedenktafel für den Mykonosanschlag

Laut einem Bericht des Berliner Tagesspiegel, der sich auf den Sprecher der iranischen Botschaft in Berlin, Morteza Chonsari, beruft, hat die Botschaft wegen der geplanten Errichtung einer Gedenktafel für den Mykonosanschlag die Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg, Monika Thiemen, um ein Gespräch gebeten. Die Tafel soll an den Mordanschlag von 1992 erinnern, bei dem vier führende Politiker der Demokratischen Partei des iranischen Kurdistan im Restaurant Mykonos von einem aus Iran beauftragten Todeskommando niedergeschossen wurden. Die Gedenktafel, die am Tatort in der Prager Straße angebracht werden soll, soll laut Beschluss der Charlottenburger Bezirksversammlung die Aufschrift tragen, die Kurden seien „vom iranischen Geheimdienst ermordet“ worden und „im Kampf für Freiheit und Menschenrechte gestorben“.

Wie der Tagesspiegel berichtet, habe laut Botschaftssprecher die Botschaft in Berlin bereits das Teheraner Außenministerium informiert. Es gebe einen Unterschied zwischen Bezirks- und Bundespolitik, sagte Chonsari der Zeitung. Aber „jede Kleinigkeit in Deutschland hat Einfluss auf unsere Regierung“.

Kritik am Kopftuchverbot in Frankreich

Hamid Reza Assefi, Sprecher des Außenministeriums, bezeichnete gegenüber Journalisten das Kopftuchverbot in Frankreich als „sehr übertrieben“ und „kleinlich“. Außerdem stehe die Entscheidung im Widerspruch zu Bürgerrechten der islamischen Einwohner Frankreichs. Sie werde dem Ansehen Frankreichs in der islamischen Welt sicherlich schaden.

Treffen iranischer und deutscher Journalisten in Berlin

Anfang Dezember fand ein Treffen iranischer und deutscher Journalisten in Berlin statt. Zweck des Treffens war ein Meinungsaustausch über nationale und internationale Probleme sowie über deutsch-iranische Beziehungen. Hamid Reza Assefi, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, der an dem Treffen teilnahm, meinte, das Treffen diene der Stabilisierung der kulturellen Beziehung zwischen beiden Ländern. Aufgabe der Medien sei unter anderem Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit zu sichern, sagte er. „Die Medien können Gerechtigkeit, Freiheit und Moral unterstützen, sie können aber auch Feindschaft schüren und der Armut und Arbeitslosigkeit Vorschub leisten. Das hängt davon ab, ob sie sich der Moral oder bestimmten Interessen verpflichtet fühlen.“

Das Treffen wurde vom Auswärtigen Amt in Berlin in Zusammenarbeit mit der iranischen Botschaft organisiert. Es wurde nicht bekannt, nach welchen Kriterien die Journalisten für das Treffen ausgewählt worden sind. Iranische Journalisten in Deutschland, die der Auslandsopposition zugerechnet werden, hatten keine Einladung erhalten.